

## Transparenz in Deutschland – Durchblick oder Verwirrung?

31. August 2006

**Der europaweite Konsultationsprozess der Europäischen Kommission über das „Grünbuch zur Transparenz-Initiative“ ist abgeschlossen. Trotz intensiver Diskussionsprozesse gibt es noch keine abgestimmte deutsche Position zur Offenlegung von Subventionsempfängern. Die von 33 Verbänden und Organisationen getragene Initiative „Wer profitiert: Für Transparenz bei EU Agrarsubventionen“ warnt vor Trickserien.**

### **Um welche Gelder geht es?**

Jeder und jede von uns zahlt im Jahr durchschnittlich 250 Euro an Steuern in die Kasse der Europäischen Union. Davon fließen 100 Euro allein in den Agraretat mit seinem stolzen Gesamtvolumen von über 40 Mrd. Euro. Dies wäre gut eingesetztes Geld, wenn damit eine Landwirtschaft gefördert würde, die die Umwelt wenig belastet, gesunde Lebensmittel herstellt, für eine artgerechte Tierhaltung sorgt und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert. Doch weit gefehlt.

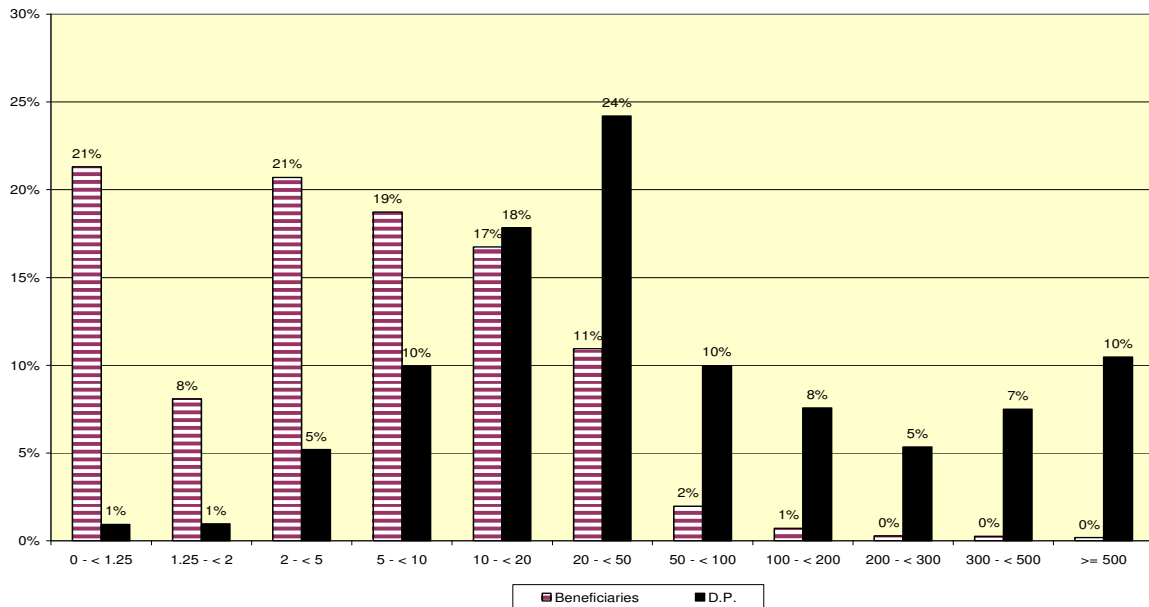
### **Die Folgen der EU-Subventionspolitik**

Die derzeitige Subventionspolitik hat katastrophale Folgen. In Deutschland fließen jährlich fünf Milliarden Euro als Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe. Ohne dass diese Betriebe Umwelt- und Tierschutz-Kriterien, die den Namen verdienen, einhalten müssen. Finanziert mit unserem Geld, belastet die Landwirtschaft mit Pestiziden und Düngemitteln das Trinkwasser, laugt die Böden aus und verringert weiter die Artenvielfalt. Im Jahr 2004 waren nur 4% des Agrarhaushaltes für Agrarumweltprogramme vorgesehen. Anders ausgedrückt, von den 100 Euro, die der Steuerzahler jährlich in den Europäischen Agrarhaushalt einzahlt, werden nur 4,- Euro zielgerichtet für umweltfreundliche Anbaumethoden eingesetzt.

Die Zahlungen sind zudem nicht an soziale Kriterien, wie die Zahl der Arbeitskräfte, gekoppelt. Wie viele Arbeitskräfte auf einem Betrieb beschäftigt sind, ist völlig unerheblich für den Erhalt der Zahlungen. Damit kommen die Subventionen vor allem Großbetrieben zu Gute, die eine industrialisierte und rationalisierte Landwirtschaft auf großer Fläche betreiben. 0,5 % der Betriebe erhalten in Deutschland ein Fünftel der Subventionen in Höhe von jeweils mehr als 300.000 Euro. Dagegen bekommen die Hälfte der Höfe in Deutschland im Schnitt weniger als 5.000 Euro Subventionen im Jahr. Gerade diese kleineren Betriebe sind es, die eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und Arbeitsplätze bieten.

Darüber hinaus gefährden die Exportsubventionen der EU in den Ländern des Südens die Existenz vieler Kleinbauern. Subventionierte europäische Importe überschwemmen mit Dumping-Preisen die dortigen lokalen Märkte und tragen so zur Verdrängung der Erzeugnisse heimischer Produzenten bei.

## Verteilung der EU-Direktzahlungen in Deutschland (% der Empfänger, in Tausend € in 2004)



Quelle: EU (2006c): Report on the distribution of the direct aids to the producers. Financial year 2004. Annex 2. Brussels

### Die Transparenz-Initiative – wer steht dahinter und was ist ihr Ziel?

Die Transparenz-**Initiative** wird mittlerweile von einem breiten Spektrum der Gesellschaft getragen. Über 33 Organisationen und Verbände aus Entwicklung, Umwelt, Verbraucherschutz, Tierschutz, Demokratie und der bäuerlichen Landwirtschaft unterstützen die Ziele der Initiative: Transparenz bei den Empfängern von EU-Agrarsubventionen zu schaffen sowie eine Wende in der Förderpolitik der Gemeinsamen Agrarpolitik hin zu einer sozial gerechten, bäuerlichen, regionalen, ökologisch verträglichen und tiergerechten Landwirtschaft zu bewirken.

Damit hat die Initiative das Ziel „Transparenz“ mit dem inhaltlichen Ziel verknüpft, eine grundlegende inhaltliche Debatte über die Ausgestaltung und Zielsetzung von Agrarsubventionen zu initiieren und eine soziale und ökologische Qualifizierung der Mittel voranzutreiben.

### Transparenz mit vielen Hintertüren – das Thema Schwellenwerte

In dem Abstimmungsprozess zwischen den Bundesministerien wurde deutlich, dass allein das Bundeswirtschaftsministerium für die Einziehung von Schwellenwerten plädiert. Mit den von Wirtschaftsminister Glos geforderten 2 Millionen wären fast alle Empfänger von der Transparenzpflicht ausgenommen. Die Frage ist, in wie weit sich das Bundeswirtschaftsministerium durchsetzt und wenn ja, wie hoch die Schwellenwerte gesetzt

werden. Beispiel Betriebsprämien: Ein Schwellenwert von 50 000 Euro bei den Betriebsprämien würde bedeuten, dass nur noch 2,7% der landwirtschaftlichen Betriebe von einer Offenlegung betroffen wären. Beispiel Strukturfonds: Bereits heutzutage müssen ab der Förderungssumme von 2 Millionen die Projekte mit Schildern der Öffentlichkeit erläutert werden. Ein Mehr an Transparenz würde es damit kaum geben.

Die Transparenz-Initiative ist der Ansicht, dass Schwellenwerte inhaltlich nicht gerechtfertigt sind. Sie gefährden die Gleichbehandlung aller Empfänger innerhalb eines Förderprogramms und verstoßen damit gegen das Prinzip des Gleichheitsgrundsatzes.

### **Transparenz ohne Durchblick – sinnentleerte Listen**

Die Bundesministerien wollen den Vorschlag der Kommission eins zu eins umsetzen. Veröffentlicht werden soll: Name des Empfängers, Maßnahme und Summe der öffentlichen Gelder (EU und national). Damit verhindert man nicht sondern entfacht die viel zitierte und gefürchtete „Neiddebatte“. Zahlenreihen reißen die Fördersummen aus ihrem Kontext, es ist nicht ersichtlich, in welchem Verhältnis die Summen zu stellen sind. Sind es große oder kleine Betriebe, sind auf dem Betrieb viele beschäftigt oder wenige, ist es ein durchrationalisierter Betrieb oder ein ökologischer Betrieb? Nur wenn weiter gehende Informationen bekannt sind, ist eine Bewertung im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien möglich. Transparenz sollte vor allem in den Dienst einer gesellschaftlichen Diskussion über die sinnvolle Vergabe von Steuermitteln gestellt werden.

### **Transparenz – erstmalige Abstimmung auf europäischer Ebene am 20. September**

Die Europäische Kommission ist vorgeprescht und hat „Transparenz-Bestimmungen“ für verschiedene Verordnungsentwürfe vorgeschlagen. Dies betrifft sowohl die EU-Haushaltsordnung und deren Durchführungsbestimmungen als auch die Durchführungsverordnungen bezüglich der Strukturfonds und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Die Kommission hat bei diesem Gesetzgebungsverfahren Vorschlagsrecht. Das heißt, die entsprechende Verordnung kann nur mit einer qualifizierten Mehrheit abgelehnt werden. Dies ist sehr unwahrscheinlich, da sich die meisten Mitgliedstaaten bereits für eine Verbesserung der Transparenz ausgesprochen haben. Von den 25 Mitgliedstaaten haben 13 Staaten bereits Informationen über EU-Subventionsempfänger veröffentlicht. Nur vier haben sich explizit dagegen ausgesprochen: Deutschland, Polen, Griechenland und Finnland. Dies hat den deutschen Abstimmungsprozess erheblich unter Druck gesetzt. Da die Transparenz kommen wird und nicht mehr verhindert werden kann, richtet sich der Fokus auf die Ausgestaltung, wie unter anderem die Schwellenwerte.

## **E-Card Aktion für den Fall, dass Wirtschaftsminister Glos weitgehende Transparenz verhindern will**

Für den Fall, dass die Bundesregierung sich in diesen Tagen gegen eine rückhaltlose Transparenz positioniert, startet die Initiative eine Internet-Postkartenaktion, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich dafür stark machen, dass in allen wichtigen Verordnungen eine Verpflichtung zur Transparenz eingefügt wird: Ohne Schwellenwerte und mit ausreichenden Informationen, um die Betriebe und Unternehmen nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten bewerten zu können.

### **Unsere Forderung: Mehr statt weniger Transparenz**

- Die Veröffentlichung der Namen der Begünstigten, den Zweck der öffentlichen Förderung sowie deren Summe. Die Transparenzpflicht darf nicht durch Schwellenwerte eingeschränkt werden.
- Die Veröffentlichung weitergehender Angaben, die den Bürger/innen eine Beurteilung der Subventionen nach sozialen, ökologischen und Tierschutz-Kriterien erlauben. Hierzu zählen die Größe der Betriebe, die Zahl der Beschäftigten, die Art des Betriebes sowie besondere Leistungen im Natur- und Umweltschutz. Bei Tierhaltung müssen auch Bestandsgröße und Haltungsform der Tiere angegeben werden.

Weitere Informationen: [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

**Tanja Dräger de Teran**

**Die Autorin ist Referentin für internationale Agrarpolitik beim WWF**

**Artikel veröffentlicht in: Rundschreiben des Forums Umwelt und Entwicklung, 3/2006**